

IN THÜRINGEN GEMEINSAM ERFOLGREICH LERNEN

Matschie: Pilotprojekt für Gemeinschaftsschule startet 2010/2011

Als neue Schulart, die „die Chance eröffnet, gemeinsam erfolgreicher zu lernen“, bezeichnet Thüringens Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Christoph Matschie, die Thüringer Gemeinschaftsschule. Sie umfasst die Klassenstufen 1 bis 12. Bis zur Vollendung der 8. Klasse stehe die Idee des gemeinsamen Lernens im Mittelpunkt. Die SPD hat damit Wort gehalten: Was sie den Thüringer Bürgern im Wahlkampf versprochen hat, wird nun umgesetzt.

Ganz konkret: Mit Beginn des Schuljahres 2010/11 wird in Thüringen das Pilotprojekt „Thüringer Gemeinschaftsschule im Aufbau“ gestartet. Ab diesem Zeitpunkt entstehen die ersten Gemeinschaftsschulen in Thüringen. In den folgenden Jahren soll dieses Angebot landesweit schrittweise erweitert werden.

Im März und April 2010 finden in ganz Thüringen Veranstaltungen des Ministeriums statt, auf denen Schulämter, Schulen, Lehrer, Schüler und Eltern über die Thüringer Gemeinschaftsschule informiert werden. Das Interesse ist groß. Ab Mai können diejenigen Schulen, die Gemeinschaftsschulen werden wollen, ihre Anträge einreichen.

Das wichtigste Ziel der Thüringer Gemeinschaftsschule besteht nach Christoph Matschies Worten darin, allen Kindern den bestmöglichen Start ins Leben zu ermöglichen. „Internationale Schulvergleichsstudien zeigen, dass in Deutschland die soziale Herkunft eine zu große Rolle für den Schulerfolg spielt. Ein Grund dafür ist die frühe Trennung der Kinder nach der 4. Klasse. Das lässt meist zu wenig Zeit, um alle Potenziale eines Kindes



Kinder im Blick: Die Thüringer Gemeinschaftsschule ist ein Projekt, das Kultusminister Christoph Matschie besonders am Herzen liegt.

zu erkennen und zu entwickeln.“ Mit dem Konzept des längeren gemeinsamen Lernens soll dieser Entwicklung nun entgegen gewirkt werden.

DIE THÜRINGER GEMEINSCHAFTSSCHULE

- ist eine Schulart, die Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit einer verlängerten Phase des gemeinsamen Lernens bis Klasse 8 ermöglicht.
- stellt ein verlässliches Angebot zur ganztägigen Bildung und Betreuung bereit. Sie sichert damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, verbunden mit hoher pädagogischer Qualität.
- ist kommunal vernetzt. Das heißt, sie ist fest eingebunden in das gesellschaftliche Leben vor Ort, nutzt bestehende Ressourcen und engagiert sich im kommunalen Umfeld.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

mehr als 100 Tage ist die SPD nun in Regierungsverantwortung. Vieles im Koalitionsvertrag vereinbarte haben wir bereits umgesetzt oder auf den Weg gebracht – immer unter Beachtung des derzeit finanziell Machbaren. Da ist zum einen das neue Kita-Gesetz, eines unserer zentralen politischen Projekte. Wir haben versprochen, dass dessen finanzielle Ausstattung nicht zu Lasten der Kommunen gehen wird – und das werden wir auch gewährleisten. Zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise wird ein Arbeitsmarktprogramm auf den Weg gebracht. 2 000 neue Jobs soll es bringen. Intensiv bemühen wir uns, die Kürzungen bei der Solarförderung zu verhindern. Die Verwaltungskosten an den Hochschulen wurden auf unsere Initiative hin abgeschafft; ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus ist in Arbeit. Die Stichwahlen auf kommunaler Ebene haben wir trotz erheblicher Widerstände durchgesetzt. Das Projekt der neuen Thüringer Gemeinschaftsschule nimmt immer mehr Gestalt an. Für alle offensichtlich ist: In vielen Bereichen sind wir der Motor der Koalition, die Handschrift der SPD und auch der Landtagsfraktion ist deutlich sichtbar. Es bleibt viel zu tun, um Thüringen weiter voranzubringen. Für die weitere Regierungsarbeit brauchen wir eine intensive und ständige Kommunikation und Zusammenarbeit mit Euch. Deshalb sage ich an dieser Stelle danke für die vielen Hinweise und Anregungen der vergangenen Wochen.

Uwe Höhn
Fraktionsvorsitzender



DIW-STUDIE ZU ARMUTSRISIKEN

KITA-GESETZ IST DIE RICHTIGE ANTWORT

Mit Blick auf eine vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) veröffentlichte Studie zum Armutsrisiko in Deutschland lobt Fraktionsvorsitzender Uwe Höhn die Koalition: „Mit den in Angriff genommenen Verbesserungen in den Kitas ist Thüringen auf dem richtigen Weg.“ Schließlich hätten die Wissenschaftler des DIW unter anderem den Ausbau der Kinderbetreuung als gezielte Maßnahme gegen Armut in den Familien empfohlen. Höhn hofft, dass der vorliegende Entwurf des Kita-Gesetzes (Kindertageseinrichtungsgesetz) schnell vom Landtag beschlossen wird. „Mit einer guten Kinderbetreuung leisten wir einen ganz wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung von Armut. Damit helfen wir den Kleinsten, aber auch den Eltern gezielt.“ Nicht zuletzt sei eine gute Bildung der beste Weg, das Risiko späterer Armut zu minimieren. Höhn: „Im Kindergarten legen wir den Grundstein.“

METZ BEI PROTESTEN GEGEN NAZI-AUFMARSCH IN DRESDEN

Landesprogramm gegen Rechts geht in entscheidende Phase



Mit anderen Thüringern setzte der Landtagsabgeordnete Peter Metz (Foto rechts) in der sächsischen Landeshauptstadt ein Zeichen gegen den jüngsten Aufmarsch von Neonazis aus ganz Europa. Es ist traurige Realität, dass Nazis das alljährliche friedliche Gedenken tausender Dresdener anlässlich der Bombardierung der

Stadt vor 65 Jahren immer wieder stören. Anfang Februar hatte sich der junge Abgeordnete in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin über Projekte gegen Rechts informiert und im Anschluss Eckpunkte für ein Landesprogramm gegen Rechts-Extremismus in Thüringen vorgestellt. „Gegen Neonazis müssen klare Zeichen von den Bürgerinnen und Bürgern gesetzt werden. Aber auch die Politik muss aktiv die Zivilgesellschaft fördern, damit der braune Ungeist in unserem Freistaat nicht weiter um sich greift“, so der Abgeordnete.

Zentrale Bestandteile des Thüringer Landesprogramms, für das bereits Eckpunkte vorgelegt wurden, sind die Stärkung der Zivilgesellschaft, der mobilen Beratung sowie eine gezielte Demokratiepädagogik. Das Programm soll im Oktober dieses Jahres vom SPD-Sozialministerium vorgelegt werden. Peter Metz beteiligt sich aktiv an der Erarbeitung.

PIDDE LOBT KRISENGERECHTEN HAUSHALT 2010

Kreis- und Gemeindereform ist unverzichtbar / Kritik an FDP wegen unsinniger Steuergeschenke

Mit Blick auf die begonnenen Verhandlungen zum Haushalt lobt Finanzexperte Dr. Werner Pidde den vom Kabinett vorgelegten Haushaltsentwurf. Pidde verteidigt die darin vorgesehene Kreditaufnahme. „In die Krise darf man nicht hineinsparen, damit deren Folgen nicht noch verstärkt werden. Deshalb ist es richtig, dass die dramatischen Steuereinbrüche des Landes und die Tarifsteigerungen beim Personal nicht bereits im Haushaltsjahr 2010 durch Kürzungen kompensiert werden sollen“, so der Finanzpolitiker.



Dr. Werner Pidde

solle. Die von der FDP-Landtagsfraktion mehrfach geäußerte Kritik an der hohen Neuverschuldung nannte Pidde „dreist“. Schließlich habe die FDP auf Bundesebene mit dem so genannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz unsinnige Steuergeschenke auch zu Lasten des Freistaates Thüringen durchgesetzt. „Mindestens 42 Mio. Euro der geplanten neuen Schulden gehen auf dieses Gesetz und damit vor allem auf die FDP zurück.“ Pidde verweist darauf, dass mittelfristig zusätzliche Sparanstrengungen notwendig seien, um auf Dauer einen weitgehend ausgeglichenen Landeshaushalt zu erreichen. Dafür müssten in Zukunft alle Ausgaben auf den Prüfstand. Auch das von der CDU bisher ausgesprochene Tabu für eine Kreis- und Gemeindereform, verbunden mit einer Funktionalreform ist nach seiner Auffassung dauerhaft nicht zu halten – auch wenn dies kurzfristig vielleicht sogar zu Mehrausgaben führe. Auf die langfristig möglichen Einsparungen einer solchen Reform könne der Freistaat nicht verzichten.

FAKTEN

zum kommunalen Finanzausgleich:

Die Zahlungen an die Kommunen im Haushalt 2010 bleiben gegenüber dem Vorjahr nahezu gleich. Zwar gehen die so genannten Schlüsselzuweisungen gegenüber dem Jahr 2009 zurück – sie sind auf dem Niveau des Jahres 2008.

Gleichzeitig erhalten die Kommunen aber bezüglich vieler anderer Positionen mehr Geld zur Kompensation von Mehrleistungen.

So steigen die Landeszuschüsse für die Kinderbetreuung um 45,4 Mio. Euro. Somit reicht das Land das Geld für die zusätzlich zu schaffenden Erzieherstellen wirklich an die Städte und Gemeinden durch.

Ursprünglich war in der mittelfristigen Finanzplanung der alten CDU-geführten Landesregierung eine Reduzierung der Zuweisungen an die Kommunen um etwa 200 Mio. Euro vorgesehen.

Es ist ein Verdienst der Sozialdemokraten in der Landesregierung, dass diese Kürzungen so nicht Realität geworden sind.

RHÖN DROHT IMAGE-VERLUST

Baumann warnt vor Aberkennung des Biosphärenreservat-Titels



Mit einer von der SPD-Fraktion beantragten aktuellen Stunde im Thüringer Landtag haben die Sozialdemokraten auf die drohende Aberkennung des Unesco-Titels „Biosphärenreservat“ für die Rhön reagiert. „Es muss gelingen, die dafür nötigen Kernzonen von insgesamt 3 Prozent der Gesamtfläche bis 2013 in allen beteiligten Ländern auszuweisen“, so SPD-Tourismusexperte Rolf Baumann. Bisher seien lediglich 2,27 Prozent der Gesamtfläche der Rhön als Kernzone ausgewiesen. Allein in Thüringen fehlen laut Baumann 700 Hek-

tar Kernzone, damit der Freistaat die Anforderungen der Unesco erfülle. Baumann erwartet jetzt von der Landesregierung, dass sie die nötige Koordination mit Hessen und Bayern zielstrebig angeht. Zuerst müsse geklärt werden, inwieweit die Landesregierung bereits aktiv geworden ist. Baumann verweist darauf, dass der Tourismus ein Schwerpunkt-Thema im Koalitionsvertrag sei und man mittels der Rhön beispielhaft zeigen könne, wie sich Ökologie und Tourismus sinnvoll ergänzen könnten.

SCHUTZ DER WERRA

SPD-FRAKTION FÜR BREITEN KONSENS

Der weitere Umgang mit dem Thema Werraversalzung war einziger Tagesordnungspunkt auf einer Sondersitzung des Umweltausschusses. Vor der Sitzung hatten Naturschutzpolitikerin Eleonore Mühlbauer (SPD) und ihr Kollege Primas (CDU) formuliert: „Wir wollen einen möglichst breiten Konsens aller Parteien im Landtag. Die Debatte hat gezeigt, dass die Positionen gar nicht weit auseinander liegen.“ Deshalb sei ein deutliches Signal in Richtung des Konzerns K+S, der politischen Akteure und der Umweltverbände nötig. Erster Schritt in diese Richtung war die Vorlage eines in der Sitzung des Umweltausschusses erarbeiteten gemeinsamen Papiers zum weiteren Umgang mit der Problematik. „Wir können gegenwärtig nicht erkennen, dass es eine überzeugende Alternative zur nachhaltigen Ableitung des verbleibenden Salzabwassers gibt. Die Nordsee-Pipeline bleibt aus Sicht von CDU und SPD die einzige Alternative“, so die Politiker.

„FÜR INNOVATIVE ENERGIEN BLIND“

Energiepolitiker Weber lehnt Solarkürzungspläne der Bundesregierung ab

Mit scharfer Kritik hat Frank Weber, der energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion, auf die Einigung der Koalitionspartner im Bund in Bezug auf die Solarförderung reagiert. „Bundesumweltminister Röttgen ist für innovative Märkte und erneuerbare Energien blind“, sagt Weber.

Röttgen gebe sich als Saubermann aus, was die Atomkraft angehe, obwohl seine Vorstellungen weit hinter dem zwischen den Energiekonzernen und der rot/grünen Bundesregierung vereinbarten Atomkonsens zurückblieben. Demnach solle der letzte Reaktor im Jahr 2022 vom Netz gehen.

Röttgen hingegen halte es für innovativ, von 2030 zu reden und so zu tun, als sei er ein Kämpfer für den Atomausstieg.

Bei Zukunftsmärkten wie dem Solarstrom solle jedoch bei der Förderung weiterhin gekürzt werden. Weber: „Es macht kaum einen Unterschied, ob dies ab dem 1. April oder ab dem 1. Juli passiert. Wir brauchen verlässliche Förderbedingungen für die Solarindustrie.“ Während die Bundesregierung der Atomlobby das Wort rede, lasse sie die alternativen Energien und damit



Frank Weber (links) bei einer Protestaktion in Jena bei dem Unternehmen Schott Solar.

ganze Wirtschaftszweige in Ostdeutschland verhungern. „Erneuerbare Energien sind der Wirtschaftsmotor Deutschlands, in diesem Bereich gibt es bereits jetzt 10 Mal so viele Arbeitsplätze wie in der Atomindustrie“, so der Abgeordnete. Der umwelt- und energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion geht allerdings davon aus, dass die erzielte Einigung an den Stimmen der ostdeutschen Bundestagsabgeordneten aller Parteien scheitern wird.

GESETZ FÜR KULTURFÖRDERUNG:

KULTUR DAUERHAFT VERANKERN

Den Vorschlag der Kulturinitiative Thüringen, die Kulturförderung des Landes in einem Gesetz zu verankern, hat Kulturpolitiker Hans-Jürgen Döring als „wichtigen Anstoß“ bezeichnet. Ziel müsse es sein, Thüringens Kulturerbe langfristig zu verstetigen. Eine gute Möglichkeit dazu biete ein eigenes Kulturförderungsgesetz. „Mit einer derartigen Novelle bekennt sich das Land eindeutig zu seiner Verantwortung für die Thüringer Kultur und entkoppelt die eigene Kulturförderung vom Auf und Ab des Landeshaushalts“, sagt Döring.

Die SPD-Landtagsfraktion werde im Dialog mit der Kulturinitiative über die konkrete Ausgestaltung der vorgeschlagenen Novelle treten. Eines steht dabei für Hans-Jürgen Döring schon jetzt fest: „Ein Kulturförderungsgesetz muss den besonderen Finanzierungsbedarf bei Bibliotheken, Musik- und Jugendkunstschulen sowie bei überregional bedeutsamen Kinder- und Jugendtheatern berücksichtigen.“



HILFE FÜR HAITI AUS GOTHA

Abgeordneter Hey sammelte 4000 Euro für Erdbebenopfer

Insgesamt mehr als 4000 Euro kann SPD-Landtagsabgeordneter Matthias Hey auf ein Spendenkonto der Organisation PLAN International für die Erdbebenopfer in Haiti überweisen.

Angesichts der Katastrophe entschloss sich der Landtagsabgeordnete spontan, die Gothaer zum Helfen aufzurufen. Er selbst organisierte ein Benefizkonzert in einem Gothaer Lokal für die Erdbe-

benopfer. 1630 Euro kamen allein an Eintrittsgeldern zusammen. Eine bekannte Brauerei übergab rund 600 Euro, die sie für die Getränke eingenommen hatte. Auch die Kinder des Städtchens sammelten mit für Haiti. Bei einem Kuchenbasar in einer Kita in Gotha/Sundhausen kamen über 400 Euro zusammen (Bild mit Matthias Hey).

KOALITION INFORMIERT ÜBER VESSERTAL: MEHR TRANSPARENZ NÖTIG

Mit einer Informationsveranstaltung wollen die Facharbeitskreise Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz von CDU und SPD für mehr Transparenz in der Debatte über die Entwicklung des Biosphärenreservates Vessertal sorgen. Die Sprecher von SPD und CDU, Eleonore Mühlbauer und Egon Primas, sind überzeugt, dass der im Koalitionsvertrag verankerte Gedanke zur Weiterentwicklung des Biosphärenreservates Vessertal im Diskussionsprozess insbesondere mit der Region, aber auch mit der Wissenschaft, Wirtschaft und dem Tourismus im guten Miteinander mit Leben erfüllt werden muss.

Eleonore Mühlbauer: „Wir wollen gemeinsam eine Vision entwickeln, wie wir den Menschen und der Region am besten gerecht werden. Das Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz wird dazu einen moderierten Diskussionsprozess mit den Menschen und Gemeinden vor Ort in Gang setzen.“

SPD: SPORT FÜR KINDER UND JUGENDLICHE STÄRKER FÖRDERN

Die Fraktionen von CDU und SPD setzen sich dafür ein, dass Kinder und Jugendliche in Thüringen künftig mehr Sport treiben. Sowohl dem Freizeit- als auch dem Leistungssport müsse von Regierungsseite mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden, heißt es in einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen. Die unentgeltliche Nutzung von öffentlichen Sportanlagen sei ein wichtiger Baustein für mehr sportliche Betätigung der jüngsten Thüringer.

Beide Fraktionen fordern die Landesregierung unter anderem dazu auf, für bessere außerschulische Angebote zu sorgen. Sportvereine seien hierfür verlässliche Ansprechpartner. Dafür müsse auch die Zusammenarbeit zwischen Kindergärten, Schulen und Sportvereinen intensiviert und regelmäßig überprüft werden, welche Qualität Sportkonzepte in Kindergärten und Schulen haben. Bei der Begabtenförderung soll die Einbeziehung hauptberuflicher Trainer künftig eine noch größere Rolle spielen.

BÜRGERMEISTER-STICHWahl

KRITIK AN INNENMINISTER

„Wenn der Regierungsentwurf verabschiedet wird, haben wir den Koalitionsvertrag in dieser wichtigen Frage 1:1 umgesetzt.“ Das sagte SPD-Fraktionsvorsitzender Uwe Höhn im Vorfeld des Februar-Plenums. Dort stand die Änderung des Thüringer Kommunalwahlgesetzes auf der Tagesordnung stand. Somit sei gesichert, dass die Stichwahl bei den Bürgermeisterwahlen 2012 in den großen kreisfreien Städten zur Anwendung komme. „Das ist für uns ganz entscheidend“, so Höhn. Mit Blick auf die in diesem Jahr anstehenden Bürgermeister-Wahlen sprach Höhn von einem Wermutstropfen, sei doch ein Großteil der Wahltermine bereits von den Behörden festgesetzt worden. Somit gelte altes Recht.

In diesem Zusammenhang kritisierte der Fraktionsvorsitzende die Arbeitsweise des Innenministeriums in Sachen Stichwahl. „Innenminister Huber (CDU) hatte der Koalition und dem Kabinett verbindlich zugesagt, dass die Wiedereinführung der Stichwahl für die Bürgermeisterwahlen 2010 wirksam werden kann.“ Allerdings habe das Landesverwaltungsamt per Mitteilung vom 22. Januar 2010 diese Absicht unterlaufen, indem es die Rechtsaufsichtsbehörden lediglich darauf hingewiesen habe, dass ein „Hinweis auf mögliche Wiedereinführung der Stichwahl unschädlich“ sei.

Höhn: „Dies ist ein immenser Vertrauensverlust für die Arbeit der Koalition, bei der man sich auf Vereinbarungen verlassen können muss. Es ist kein gutes Zeugnis für den Innenminister, wenn er entweder vom Vorgehen des Landesverwaltungsamtes nichts wusste oder aber - wenn er es wusste - dies billigend in Kauf nahm.“

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Telefon: (0361) 3 77 23 36; Fax: (0361) 3 77 24 17
Internet: www.spd-thl.de

V.i.S.d.P.: Dr. Werner Pidde, Parlament, Geschäftsführer

Satz: Dirk Malewski; Druck: Druckerei Jäcklein, Erfurt

Redaktionsschluss: 23.02.2010

„inform“ erscheint als kostenloses Mitteilungsblatt der SPD-Landtagsfraktion in einer Auflage von 6.500 Exemplaren. Nicht für Partezwecke und Werbung!